

riellen Verfassungsrecht der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, ROW 1963, S. 49 - *Richard Mand*, Demokratischer Block und Demokratie, StuR 1965, S. 736 - *ders. u.a.* (Red.), Staats- und rechtstheoretische Probleme der Entwicklung gesellschaftlicher Organisationen in der DDR, Heft 180 der Reihe »Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft«, Potsdam-Babelsberg, 1978 - *Hermann Matern*, Das Mehrparteiensystem in der Deutschen Demokratischen Republik, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, 1959, Heft 4, S. 27 - *Norbert Matthes*, Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, in der Reihe: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Bonn und Berlin, 1966 - *Meyers Neues Lexikon*, Leipzig, 1964, Stichworte: Massenorganisationen, National-Demokratische Partei Deutschlands — *Klaus Sorgenicht*, Zwanzig Jahre Demokratischer Block, StuR 1965, S. 1041 — *Alfons Steinger*, Das Blocksystem, Berlin (Ost), 1949 - *A. I. Stschigol*, Die sozialistische Revolution und die gesellschaftlichen Organisationen, StuR 1973, S. 145, Übersetzung aus »Sowjetskoje gosudarstwo i pravo« 1973, Nr. 3, S. 109.

Art. 3 Abs. 2 S. 1 geht von der Existenz von Parteien und Massenorganisationen aus. 17
Das Ensemble der Parteien (s. Rz. 21 zur Präambel) hat sich seit der Zeit vor Inkrafttreten der Verfassung von 1949 erhalten. Auch der Bestand an Massenorganisationen zeigt nur geringfügige Veränderungen.

1. Die anderen Parteien.

a) Selbstverständnis. Außer der SED bestehen also weiter die Christlich-Demokratische Union (CDU), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). Sie werden als politische Organisationen der Klassen und Schichten der Bevölkerung angesehen, die in der Klassengesellschaft der DDR außer der Arbeiterklasse bestehen (s. Rz. 17 zu Art. 1). Die CDU versteht sich nach ihrer Satzung als die Partei »der für den Frieden und Fortschritt kämpfenden Christen« und sieht es als eine wesentliche Aufgabe an, den Mittelstand beim Aufbau des Sozialismus zu unterstützen. Die LDPD wendet sich vor allem an Handwerker, Einzelhändler, Unternehmer und andere Gewerbetreibende sowie Teile der Intelligenz und an den Mittelstand. Zur NDPD gehören Handwerker, Einzelhändler, Angehörige der Intelligenz, ferner zahlreiche ehemalige Offiziere und Berufssoldaten der Hitlerwehrmacht und frühere Mitglieder der Naziapartei, die sich z.T. bereits dem »Nationalkomitee Freies Deutschland« angeschlossen hatten oder nach 1945 den Weg zu den aufbauwilligen demokratischen Kräften fanden (Meyers Neues Lexikon, Stichwort: National-Demokratische Partei Deutschlands). Die DBD bezeichnet sich als die »Partei der werktätigen Bauern in der DDR«. Da aber auch die SED Mitglieder hat, die nicht der Arbeiterklasse angehören (s. Rz. 30 zu Art. 1), kann keine der anderen Parteien für sich in Anspruch nehmen, eine Klasse oder Schicht politisch allein zu repräsentieren. Für den »Mittelstand« stehen außerdem drei Parteien zur Verfügung, so daß für die Parteimitgliedschaft noch andere Gründe maßgebend sein müssen, als lediglich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse oder Schicht. Hier spielt die Frage des »unterschiedlichen, vor allem vom Herkommen geprägten politischen Bewußtseins« eine Rolle. Das gilt auch für die DBD, deren Klassencharakter, wohl als einziger der Parteien, rein ist. In der Literatur der DDR werden CDU, LDPD, NDPD und DBD unter den Oberbegriff »kleinbürgerlich-demokratische Parteien« oder »Blockparteien« gebracht, unter letzteren, obwohl auch die SED dem Demokratischen Block angehört.

b) Zwingende Zugehörigkeit zum antifaschistisch-demokratischen Block. Die Gründung der Parteien in der DDR war nicht frei (s. Rz. 21 zur Präambel). Die »Blockparteien« waren in den antifaschistisch-demokratischen Block hineingegründet worden.

18